



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 15 | DEZEMBER 2014



SCHWERPUNKT FLÜCHTLINGE

Aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

STRASSENAMEN

Umbenennungen im Afrikanischen Viertel

PARTEI

Neue Ideen: Kind, Kegel, SPD

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr haltet eine neue Ausgabe unserer Propagandistin in den Händen. Diese Ausgabe steht im Zeichen unserer Arbeit der letzten Monate. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt auf der Flüchtlingspolitik. Eva Högl beschreibt auf Seite 18 in ihrem Beitrag für unsere Zeitung die aktuellen Projekte und Herausforderungen aus Sicht der Bundespolitik. Wir haben uns diesem Thema auch als Abteilung gewidmet, in Zusammenarbeit mit der AG Mig haben wir einen Antrag entwickelt, der auf der KDV und auf dem LPT beschlossen wurde. Aktuelle Entwicklungen mit den neuen Unterkünften für Flüchtlinge im Wedding zeigen uns, dass das Thema weiter aktuell sein wird, Michael berichtet von der Sitzung des neu gegründeten Bündnisses „Wedding hilft“.

Julian berichtet von unserer gemeinsam mit der 23. Abteilung und der Projektgruppe Afrikanisches Viertel durchgeführten MV zum Thema Straßennamen. Wieso die Straßennamen umbenannt werden sollten und was dabei zu berücksichtigen ist, könnt ihr auf Seite 12 lesen.

Aber auch unsere Kieze finden in der neuen Propagandistin selbstverständlich ihren Platz. Matthias berichtet vom neuen Kiezboten, Lennart von der Wahl der Stadtteilvertretung. Indirekten Kiezbezug hat der von unserem Mitglied Tobias veröffentlichte Roman „Hipsterfreie Zone!“, den er auch auf einer Lesung im Sprengelhaus vorgestellt hat. Wir freuen uns, auch hier noch einmal darauf eingehen zu können, macht euch ab Seite 16 selbst ein Bild.

Diese und viele weitere Themen erwarten euch hier in der Propagandistin.

Viel Spaß beim Lesen,

Nikolaus

INHALT

AUS DEN KIEZEN

Neue Zeitung für den Sprengelkiez – „Dein Kiezbote“	4
Bericht über die Stadtteilvertretung	4
Kurzmeldungen Kieze	5
Abenteuer Nachbarschaft; der lebendige Adventskalender im Sprengelkiez	6

AUS DER PARTEI

Die etwas andere bildungspolitische Adventsfeier der AfB Mitte	8
Der Mitgliederentscheid der Berliner SPD zur Wowereit-Nachfolge	9
Kind, Kegel, SPD	10
Mentoring-Programm der SPD Mitte	11

STRASSENAMEN

Straßennamen im Afrikanischen Viertel	12
Straßennamen in unserer Abteilung – die Sparrstraße	13

NACHRUF

Klaus Suchanek verstorben	15
---------------------------	----

HIPSTERFREIE ZONE

Lesung mit Tobias Kunow: Ist der Wedding eigentlich eine „Hipsterfreie Zone“?	16
Keine Macht den Jutebeuteln! – Ein Interview	17

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik	18
Wedding Hilft!	20
Unser Antrag: Leitlinien für eine kohärente Flüchtlingspolitik	21
Interview mit Diana Henniges von Moabit hilft e.V.	22

DEBATTE

Die schwierige Debatte um die Sterbehilfe	23
---	----

PRO/CONTRA

Pro Olympische Spiele in Berlin	24
Contra Olympische Spiele in Berlin	25

DAS POLITISCHE LIED

Roter Wedding	26
---------------	----

NEUE ZEITUNG FÜR DEN SPRENGELKIEZ „DEIN KIEZBOTE“

VON MATTHIAS SPEIDEL

Im November 2014 erschien die erste Ausgabe des „neuen Kiezboten“. Nach 21 Jahren erfährt das Nachbarschaftsblatt grundlegende Änderungen.

Es präsentiert sich im neuen farbenfrohen Format und in der Redaktion gibt es wichtige Änderungen. Die Nachbarschaftszeitung wird zur Bürgerzeitung.

Aufgerufen und eingeladen sind alle Interessierten, die sich am Konzept einer Zeitung für die Nachbarschaft engagieren möchten. Alle können AutorenInnen werden oder sich in der Redaktion engagieren.

Jede Nachbarin, jeder Nachbar kann seine Geschichten über den Sprengelkiez erzählen, von Veranstaltungen und Festen berichten oder Fotos veröffentlichen. Alle Texte und Formate sind erlaubt.

Aufgebaut wird die Redaktion von INTEGRITUDE e.V. und georg+georg im Auftrag des Quartiersmanagement. Betreut wird die Bürgerredaktion künftig von erfahrenen Journalisten, die die Gründungsphase der Zeitung unterstützen.

Schreibwerkstättenladen ein, die kreative Arbeit mit Texten zu erlernen oder zu verbessern. Wer also Spaß am Schreiben hat oder schon immer mal schreiben wollte, ist herzlich eingeladen, bei dieser tollen Idee mitzumachen.

<http://www.sparrplatz-quartier.de/Der-neue-Kiezbote-ist-da.3832.0.html>



BERICHT ÜBER DIE STADTTEIL- VERTRETUNG

VON LENNERT BRANDT

Die Stadtteilvertretung ist ein Gremium, in das jeder Bürger, der in diesen Sanierungsbereich wohnt oder ein Gewerbe hat, sich rein wählen lassen kann. Die Menschen kümmern sich um die Kieze, die zu diesem Sanierungsbereich gehören.

Ihre Aufgabe ist es, sich um die Politik vor Ort zu kümmern oder um die Sorgen der Bürger. Aber auch den Kontakt mit dem Bezirk Mitte zu halten, ist sehr wichtig. Aber auch für Projekte vor Ort wie die Gestaltung des ehemaligen Einwohnermeldeamts in der Nähe des Rathaus Wedding ist die Stadtteilvertretung wichtig.

Auch im Dialog mit dem Behörden und Bürgerbewegungen setzt sich die Stadtteilvertretung auseinander. Die Stadtteilvertretung ist eine lokale Sache, um die Grundstrukturen der Kieze aufrecht zu halten. Auch einige aus unserer Abteilung stehen auf der Liste und wollen mit Ihrer Erfahrung sich für die Bürger vor Ort einsetzen.

Ich kann zur mir sagen, dass ich mich darüber freue, mich auf lokaler Ebene für die Menschen einzusetzen. Demokratie beginnt auf lokaler Ebene, deswegen habe ich mich auf diese Kandidatenliste gesetzt, um den Menschen zu helfen

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte.

Abgedruckte Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Abteilung oder der Partei wider.

V.i.S.d.P.:
16. Abteilung Grünes Dreieck SPD Mitte
Andreas Wiedermann, Müllerstraße. 163,
13353 Berlin

Chefredaktion:
Nikolaus Kilian, Bettina Schulze
Kontakt: nikolaus.kilian@gmail.com

Layout und Satz: Nike Marquardt

Redaktion und AutorInnen:
Bettina Schulze, Nikolaus Kilian, Matthias Speidel, Lennart Brandt, Siemen Dallmann, Andreas Wiedermann, Anne Bohnet, Susanne Fischer, Julian Zado, Eva Högl, Tobias Kunow, Michael Kuhn, Nike Marquardt

NEUES AUS DEN KIEZEN

VON MATTHIAS SPEIDEL

11 JAHRE KONFLIKTAGENTUR

Am 1. Dezember feierte die Konfliktagentur mit Sitz am Sparrplatz ihr elfjähriges Bestehen. Das Mediationsprojekt vermittelt bei Konflikten im Sprengelkiez zwischen NachbarInnen, in der Familie oder im Verein. Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen beraten die Bewohner des Sprengelkieses kostenfrei.

Das Angebot richtete sich aber auch an Wohnungswirtschaft und Gewerbetreibende im Wohnquartier.

<http://www.konfliktagentur.de>
Sparrstr. 19, Tel: 030/347 174 4

UMZUG DER SCHILLER-BIBLIOTHEK

Für alle Lesefreunde ist diese Neuigkeit besonders tragisch. Am Montag, dem 08. Dezember 2014 schließt die Schiller-Bibliothek im Rathaus Wedding. Nicht für immer, keine Sorge, jedoch bis zur Eröffnung der neuen Mittelpunktbibliothek im Frühjahr 2015.

Die Bibliothek wird in der Zeit in den Neubau auf dem Rathausplatz umziehen. Dort werden auf 1.780 qm und drei Geschossen eine Erwachsenen-, eine Kinder- und eine Jugendbibliothek entstehen.

BÜRGERINITIATIVE BRÜSSELER KIEZ

Der Stammtisch der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez trifft sich zu seinem regelmäßigen Stammtisch immer am letzten Mittwoch des Monats (Dezember fällt aus) ab 19 Uhr im l'escargot, Brüsseler Str. 39. Alle interessierten Anwohnerinnen und Anwohner sind herzlich eingeladen.

KIEZMACHER – FÖRDERVEREIN IM BRÜSSELER KIE

Mitglieder des Fördervereins treffen sich jeden 1. Mittwoch im Monat in der Gaststätte Antwerpener Krug, Antwerpener Straße 6. Alle Nachbarinnen und Nachbarn sind herzlich willkommen.

ABENTEUER NACHBARSCHAFT

DER „LEBENDIGE ADVENTSKALENDER“ HAT SICH IM KIEZ ALS WERTVOLLE TRADITION ETABLIERT

VON SIEMEN DALLMANN

Neben vielen Projekten und weiteren Aktionen im Verlauf des Jahres 2014 ist einer der Höhepunkte wieder der „Lebendige Adventskalender“ im Dezember. Vom 30. November bis zum 24. Dezember 2014 geht jeden Tag irgendwo im Sprengel-Kiez wieder eine Tür auf, und die Nachbarinnen und Nachbarn sind eingeladen, einzutreten und sich überraschen zu lassen.



Insgesamt öffnen sich in diesem Jahr wieder 28 Türen zu unterschiedlichen Zeiten. 2013 waren weit über 900 Gäste bei ganz unterschiedlichen Events unterwegs. Der lebendige Adventskalender im Sprengel-Kiez, der dieses Jahr zum 12. Mal stattfindet, bietet allen in der Vorweihnachtszeit eine ideale Gelegenheit sich besser kennenlernen.

Ich bin sogar der Meinung, dass er die Toleranz und Integration im Kiez fördert. Indem wir in der Adventszeit etwas mehr zusammenrücken und wir uns ein bis zwei Stunden Zeit nehmen. Gemeinsam singen, lachen, Tee trinken und essen, basteln, Gedichte und Geschichten hören. Nachbarn lernen ihre Nachbarn kennen, das ist das Ziel des lebendigen Adventskalenders seit nun mehr 12 Jahren.

In diesen Jahren gab es über 83 unterschiedliche Gastgeberinnen und Gastgeber. Einige waren nur einmal dabei, andere wiederum mehrmals. Auch die Anzahl der Besucher steigerte sich von Jahr zu Jahr, zum Schluss hatten wir fast 1000 Besucher beim lebendigen Adventskalender. Das nenne ich gelebte Nachbarschaft im Sprengelkiez. Ja, über die Jahre ist es ein interkultureller (Advents-)Kalender geworden.

Seit 2003 haben viele Nachbarn ihre Nachbarn im Kiez besser kennengelernt, es sind sogar Freundschaften entstanden. Neu Zugezogene haben Anschluss gefunden



und sind aktiv im Kiez geworden. An dieser Stelle noch mal ein ganz großes Dankeschön an alle Gastgeberinnen und Gastgeber der letzten Jahre.

Einen besonderen Dank auch an die vielen Helferinnen und Helfer im Hintergrund. Und natürlich auch an die vielen Gäste. Ihr alle zusammen habt aus dem lebendigen Adventskalender ein nachhaltiges Projekt gemacht. Sodass es ihn wahrscheinlich in 10 Jahren



immer noch bei uns im Kiez geben wird. Wer also 2015 seine Tür öffnen möchte, kann sich bei Klaus Wolfermann melden, Tel- 030/4531349, aber bitte nicht vor 12.00 Uhr.

Das Projekt wird getragen und organisiert von Aktiv im Kiez e.V. und der Ev. Osterkirche. Der Flyer liegt ab

dem 15.11.2014 im Kiez aus, unter anderem im QM – Büro, der Ev. Osterkirche und im Nachbarschaftsladen.

Ich hoffe, viele von euch neugierig gemacht zu haben, und dass wir uns in der Adventszeit an vielen Türen im Kiez treffen und kennenlernen werden. Natürlich sind unsere Freundinnen und Freunde aus den Nachbarkiezen auch wieder herzlich willkommen bei uns im Sprengelkiez.

Gefördert wird das Projekt seit 2014 von den Nachbarinnen und Nachbarn aus dem Sprengelkiez. Wir bitten auch dieses Jahr, jeden Besucher und jede Besucherin um einen Euro in die Spendendose, damit auch 2015 ein Flyer gedruckt werden kann.

Mehr Informationen unter:

<http://lebendiger-adventskalender-online.de/>

Fotos: Siemen Dallamann



DIE ETWAS ANDERE BILDUNGSPOLITISCHE ADVENTSFEIER DER AFB MITTE

VON NIKE MARQUARDT

Alle Jahre wieder veranstaltet die AfB Mitte ihre beliebte bildungspolitische Adventsfeier, so auch am vergangenen 2. Dezember. Mit dabei waren der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Ilkin Özisik, Schulstadträtin Sabine Smentek und der diesjährige Ehrengast: Bildungsstaatssekretär Mark Rackles. Ein gemütlicher und prominent besetzter Abend wie man es seit 2009 von der AfB gewohnt ist – und doch war diesmal einiges anders.

Da die AfB nicht nur in der Bildungspolitik neue Wege geht, sondern auch kulinarisch, lud sie dieses Jahr ins Weddinger Relais de Savanne ein. Bei einem exotischen Buffet und afrikanischem Fruchtbier lauschten die Gäste der Laudatio für Mark Rackles.

Denn der Höhepunkt des Abends war die Verleihung einer ganz besonderen Auszeichnung. Anstatt Missstände anzuprangern, würdigte die AfB diesmal die Fortschritte und die gute Arbeit in der Berliner Bildungspolitik. Hierzu zählen u.a. die Gleichstellung aller Sekundarschullehrkräfte im zukünftigen Beruf, die längere Ausbildung der Grundschullehrkräfte, das gleichlange Referendariat bei allen Schulformen und das Bonusprogramm für Brennpunktschulen.

Stellvertretend für sein Ressort verlieh die AfB Mark Rackles somit die Ehrendoktorwürde der bildungspolitischen Fakultät der Berliner SPD. Passend hierzu bekam der Staatssekretär einen individuell gestalteten Hut und natürlich eine Urkunde. Auch wenn die Laudatio noch kleine politische Wünsche enthielt, machte sie dennoch deutlich, dass die AfB in Mark Rackles einen Hoffnungsträger der Berliner Bildungspolitik sieht.

In seiner Dankesrede nutzte der Staatssekretär die Gelegenheit, Chancen und Probleme der Berliner Bildungspolitik aus seiner Sicht darzustellen und seine persönliche Schwerpunktsetzung zu erläutern.

Nach einer informativen und zugleich festlichen Auszeit im Relais der Bildungspolitik gilt es nun, die kommenden Jahre bis zu den Wahlen 2016 anzugehen – natürlich gemeinsam mit „Dr. h. c.“ Mark Rackles.



Foto: Mike Nové

DER MITGLIEDERENTSCHIED DER BERLINER SPD ZUR WOWEREIT-NACHFOLGE

VON ANDREAS WIEDERMANN

Der Herbst war in diesem Jahr für die Berliner SPD spannend. Als Klaus Wowereit im Sommer seinen Rücktritt zum Jahresende erklärte, war klar, dass es einen Mitgliederentscheid geben würde, wenn sich mehr als eine Person um seine Nachfolge bewerben würde. Nur wenige Tage später hatten wir drei Kandidaten, die sich sowohl inhaltlich als auch in ihrem Politikstil deutlich voneinander unterscheiden: Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß.

Der Landesvorstand entwickelte in recht kurzer Zeit einen Fahrplan, um die Mitglieder zu befragen. Ziel war es, eine möglichst hohe Beteiligung der Genossinnen und Genossen sicher zu stellen. Das Verfahren sollte spätestens im November beendet sein, damit das Abgeordnetenhaus von Berlin noch im Dezember 2014 einen neuen Regierenden Bürgermeister wählen kann. Da bereits im ersten Wahlgang ein eindeutiger Sieger feststand und es keine Stichwahl mehr brauchte, fand das Verfahren bereits im Oktober sein Ende.

Michael Müller erzielte knapp 60 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von über 64 Prozent. Der Landesparteitag am 8. November nominierte ihn daraufhin einstimmig für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Der Mitgliederentscheid war zweifellos ein Erfolg für die Partei. Durch ihn wurden die Mitglieder beteiligt und auch zu Diskussionsveranstaltungen mobilisiert. Im September und Oktober fanden zahlreiche Vorstellungsrunden statt, auf der die drei Kandidaten ihre programmatischen Vorstellungen erklärten und die Mitglieder sie befragen konnten. Die Genossinnen und Genossen der SPD Mitte hatten gleich mehrfach Gelegenheit, die drei Kandidaten zu hören. Allein zwei der vier Mitgliederforen des Landesverbandes fanden im Bezirk Mitte statt, dazu kam unsere Kreisdelegiertenversammlung im September, auf der ebenfalls alle drei sprachen.

Das letzte Mitgliederforum am 14. Oktober fand sogar in unserem Abteilungsgebiet in den Räumen von Bayer HealthCare statt. Wir haben es als Abteilung genutzt, gut 20 Mitglieder des grünen Dreiecks waren dort, um sich einen letzten Eindruck kurz vor Schluss des Votums zu verschaffen.

Aber auch abseits großer Parteiveranstaltungen wurde viel über die Wowereit-Nachfolge diskutiert. In vielen Gesprächen unter Genossinnen und Genossen ging es in diesen Wochen vor allem um die Frage, bei welchem der

Kandidaten man sein Kreuz machen wolle. Bereits Entschlossene wie bis zuletzt Unentschlossene waren gleichermaßen interessiert an einem Meinungsaustausch. Viele Mitglieder haben die ihnen ermöglichte Beteiligung mit großer Wertschätzung und großem Bemühen um eine verantwortungsbewusste Willensbildung beantwortet. Das Verfahren kann daher nur als Erfolg gewertet werden für die SPD Berlin.

Das eindeutige Ergebnis für Michael Müller hat dagegen sicher auch einige Genossinnen und Genossen enttäuscht. Gerade in der SPD Mitte und in unserer Abteilung hatte sich eine große Mehrheit der aktiven Genossinnen und Genossen für unseren Landesvorsitzenden Jan Stöß ausgesprochen, was auch durch Vorstandsbeschlüsse ausgedrückt wurde, in denen wir uns für Jan Stöß aussprachen. Spätestens der Landesparteitag hat aber auch gezeigt, dass am Ende des Mitgliederentscheides eine geschlossene Partei steht. Wir stehen hinter dem Ergebnis des Entscheides und sollten die positiven Impulse der breiten Mitgliederbeteiligung für die nächsten Jahre nutzen.

Die Mitglieder haben entschieden, die Funktionäre haben sich hinter die Entscheidung gestellt und nun geht es darum, sich für eine erfolgreiche Berliner Wahl 2016 vorzubereiten!

KIND, KEGEL, SPD

VON ANNE BOHNET

Die SPD Berlin ist auf dem richtigen Weg. Viele Genossinnen und Genossen haben in den letzten Jahren erkannt, welch großes Potential zu erschöpfen ist, wenn es Eltern ermöglicht wird, sich (weiterhin) in der Partei zu engagieren. Andersrum – welch großes Potential den Gliederungen und der Partei insgesamt abhanden kommt, wenn die Einbindung vor allem von Eltern kleiner Kinder nicht möglich gemacht wird.

Dabei kommt es vor allem auf Fingerspitzengefühl und den Mut an, neue Wege zu gehen. Neue Konzepte zu entwickeln. Eine Kinderbetreuung für die nicht mehr ganz so Kleinen während der Kreisdelegiertenversammlung an einem Samstag ist ein Anfang. Aber natürlich gehört noch viel mehr dazu, attraktiv für viele verschiedene Akteur_innen in der Partei zu sein und im besten Sinne das Konzept von Diversity in der SPD zu leben.

Die lange Zeit und immer noch allseits vorhandene Präsenzkultur zum Beispiel darf neu gedacht werden. Diese beinhaltet, dass Genossinnen und Genossen, die sich eine Zeit lang nicht sehen lassen (können) auf Parteiveranstaltungen, automatisch für bestimmte Wahlämter nicht mehr in Frage kommen.

In der heutigen Zeit der Digitalisierung muss es Menschen, die für eine bestimmte Zeit (zum Beispiel, weil sie ein Kind bekommen haben) nicht einrichten können, präsent zu sein, möglich sein, sich trotzdem mit ihrem Wissen und Engagement einzubringen. Ganz praktisch seien als Beispiel die QueerSozis/Schwusos Mitte genannt: Nach der Geburt meiner Tochter habe ich als Kreisvorsitzende die Betreuung der Stammtische für einige Monate an meine Stellvertreter_innen abgegeben. Statt regelmäßigen Vorstandssitzungen zu Abendterminen, die mit Kind nur schwer machbar sind, haben wir wichtige Dinge per Telefon und Email abgestimmt und gemeinsam Anträge für die Landes- und Bundesebene erstellt. Diese Arbeitsweise hat es mir ermöglicht, mich



auch von zuhause gewinnbringend zu engagieren und mein Amt nicht aufgeben zu müssen.

Weitere Möglichkeiten sind natürlich das Angebot von Kinderbetreuung, eine Vernetzung und Austausch von jungen Eltern in der SPD Mitte (so können sie sich auch gegenseitig einmal unterstützen, wenn ein Teil auf eine Veranstaltung gehen will) und regelmäßige Angebote wie z.B. Abteilungs-Frühstücke oder ähnliches an kinderfreundlichen Orten, zu denen die Kinder einfach mitgebracht werden und nicht wie bei Abendterminen eine Betreuung organisiert werden muss. Kinder sind kein Hindernis, sondern eine Bereicherung – das muss auch in der SPD der Maßstab sein.

MENTORING-PROGRAMM DER SPD MITTE

VON SUSANNE FISCHER

Nach einer kleinen Pause startet wieder ein neues Mentoring-Programm innerhalb der SPD Mitte. Dieses Mal soll der Schwerpunkt, unter der Führung der ASF-Mitte und der Jusos Mitte, auf jüngeren Genossinnen liegen, die noch nicht lange in der Partei sind und nun nach Anschlussmöglichkeiten suchen, um sich aktiv ins Parteileben einzubringen.

Dabei sollen ihnen erfahrene Sozialdemokratinnen helfen, die ihnen als Mentorinnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch der Austausch untereinander soll den Mentees helfen, sich besser in der SPD Mitte heimisch zu fühlen und zu beteiligen.

Daneben gibt es ein vielfältiges Begleitprogramm aus Schulungen (besonderer Dank gilt hier der Parteischule der SPD Mitte), die den Mentees handwerkliches Können und Parteigeschichte lehren sollen sowie Exkursionen, z.B. in den Bundestag oder ins Abgeordnetenhaus. Zusätzlich

wird es einen Programmteil geben, den die Mentees selbst konzipieren und planen sollen. Dies geschieht auch aufgrund von Feedback, dass die Teilnehmerinnen des letzten Mentoring-Programms gaben, die sich mehr Möglichkeiten zur Eigeninitiative innerhalb des Programms gewünscht haben.

Beginnen wird das Programm Ende November mit einem Auftakttreffen am 28.11., es ist auf einen Zeitraum von sechs Monaten ausgelegt.

Die 16. Abteilung ist mit zwei Mentees vertreten – wir wünschen ihnen viel Spaß und Erfolg.



STRASSENAMEN IM AFRIKANISCHEN VIERTEL

VON JULIAN ZADO

Die Petersallee, der Nachtigalplatz und die Lüderitzstraße - noch immer werden im Afrikanischen Viertel im Wedding Kolonialverbrecher geehrt. Doch die Debatte um eine Umbenennung nimmt wieder Fahrt auf.

Schnell wurden noch Stühle organisiert. Die Mitgliederversammlung zu den Straßennamen im Afrikanischen Viertel stieß auf deutlich mehr Interesse als erwartet. Am Anfang gab es kurze Infoblöcke zu den drei Personen (siehe auch Infobox). Alle drei Personen waren Kolonialverbrecher und Begründer deutscher Kolonien. Gelegentlich wird eingewendet, wirklich schlimm sei doch nur Peters gewesen, während die anderen doch nur begrenzt Unrecht getan hätten. Doch das geht am entscheidenden Punkt vorbei. Entscheidend ist nämlich der Kontext, in dem die Ehrung stattfand. Und sowohl im Kaiserreich als auch bei den Nazis ging es um die "Würdigung" der Verdienste der drei Personen. Sie sollten geehrt werden, weil alle drei als Begründer des deutschen Kolonialismus angesehen wurden.



halb müssen sie informiert und in den Prozess einbezogen werden. Dieser Prozess darf aber nicht beliebig sein. Er muss zu einer Umbenennung der Straßen führen.

Wer Interesse hat, in der Projektgruppe Afrikanisches Viertel mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei julianzado@googlemail.com



Diese Ehrung ist kein Relikt vergangener Zeiten. Sie wirkt fort. Nach dem Landesstraßengesetz in Berlin bedeutet die Benennung einer Straße immer eine Ehrung dieser Person. Diejenigen, die mit Betrug und Gewalt, Menschen getötet, Kinder von ihren Eltern getrennt und die Bevölkerung ausgebeutet haben, werden hier und heute im Wedding geehrt.

Klar ist: Vielen AnwohnerInnen ist dies nicht bewusst und eine bloße Umbenennung würde viele überrumpeln. Des-



INFOBOX

Bei **Carl Peters** handelt es sich nicht nur um den Gründer von Deutsch-Ostafrika (das heutige Tansania, Ruanda und Burundi) (1885). Im Reichstag ist er des Mordes an seinen afrikanischen Hausangestellten beschuldigt worden, für die er auch anschließend von einem Gericht verurteilt wurde. Nur hat er sich dann wieder vom Disziplinargericht freisprechen lassen. Politisch rehabilitiert haben ihn dann die Nazis. 1939 taufen sie einen Teil der Londoner Straße im Wedding in Petersallee um und dies geschah ausdrücklich im Hinblick auf seine rassistische politische Haltung. Die Umwidmung dieser Allee nach einem CDU-Politiker ist nicht geeignet, diesen Bezug zu Carl Peters zu beenden, da die Lage der Straße im „Afrikanischen Viertel“ klar auf Carl Peters hinweist.

Adolf Lüderitz, ein Bremer Tabakhändler; hat 1883 an der Küste Südwestafrika in großem Stil Land erworben und erhielt dafür ein Jahr später einen Schutzbrief der Reichsregierung in Berlin, was Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) zur ersten deutschen Kolonie machte. Beim Landkauf ist Lüderitz gegenüber den Einheimischen mit betrügerischen Methoden vorgegangen. Statt wie vereinbart die englischen Meilen, hat er nach dem Verkauf die deutsche Meile zugrunde gelegt, was seinen Besitz um das Fünffache vergrößert hat und was im Endeffekt 1904 zu bewaffneten Aufstand der Nama geführt hat.

Gustav Nachtigal, ein Militärarzt und Forschungsreisender, war schließlich der erste „Reichskommissar für Westafrika“ und hat 1884-85 mit Kanonenbooten die deutschen Kolonien Togo und Kamerun gegründet. Zugleich hat er auch im Namen der Reichregierung in Berlin Landgeschäfte von Adolf Lüderitz in Südwestafrika beglaubigt, wohlwissend dass diese auf Betrug basierten.

STRASSENAMEN UNSERER ABTEILUNG – DIE SPARRSTRASSE

VON NIKOLAUS KILIAN

Angefangen durch die Diskussion um die Umbenennung der Straßennamen im Afrikanischen Viertel habe ich mich immer wieder gefragt, was einige der Straßennamen bei uns in den Kiezen zu bedeuten haben. Ganz allein von Erkenntnisinteresse getrieben und ohne politische Agenda folgt hier also ein Ergebnis meiner Recherchen.

So haben wir zum Beispiel im Sprengelkiez den flächenmäßig sehr großen Sparrplatz und die Sparrstraße. In der Willdenowstr. gab es sogar den Sparrladen, mit zwei R, was mich 2010 als neu Zugezogener ein paar Tage verwirrt hat.

Fälschlicherweise nahm ich an, einen ziemlich leicht vermeidbaren Rechtschreibfehler gefunden zu haben. Umso peinlicher für mich, als ich dann ein paar Tage oder Wochen später das recht offensichtliche Wortspiel begriff, als ich einmal ein paar Meter weiter ging und das Straßenschild sah.

Der Straßename der Sparrstraße hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert, als 1892 Kaiser Wilhelm II. die Straße nach dem Feldherrn und Adligen Otto Christoph von Sparr aus dem (damaligen) Berliner Umland benannte. Dieser hatte im 17. Jahrhundert (1605 in Lichterfelde oder Bernau geboren, 1668 in Prennden/Bernau gestorben) gelebt und als kaiserlicher Kommandant im Dreißigjährigen Krieg seinen Beitrag zum großen Schlachten beigetragen. Und auch danach war er in diesem Geschäft unterwegs, erst in Kölns Diensten, später dann brandenburgisch-preußischer Generalfeldmarschall.

Als dieser war Sparr dann militärisch wohl sehr verdienstvoll, unterwarf er doch beispielsweise 1666 für seinen Kurfürsten das leidgeprüfte Magdeburg, das

schon 25 Jahre zuvor von damals kaiserlichen Truppen (damals aber ohne Sparr, der in Westfalen sein Unwesen trieb) im Dreißigjährigen Krieg stark zerstört wurde.

Eine Berliner Anekdote findet sich im Internet über Otto Christoph von Sparr: So hat er 1661, als der Turm der Berliner Marienkirche nach einem Blitzeinschlag zu brennen begann, vom Stadtwall eine Kanone herbeischaffen und auf den Kirchturm schießen lassen. Der genaue Schuss ließ die Turmspitze auseinanderbrechen und zu Boden fallen, wo der Brand schnell gelöscht werden konnte. Der Kurfürst bestand demnach aber darauf, dass Sparr den Wiederaufbau der Turmspitze selbst zu bezahlen habe, weil das Schießkommando nur vom Herrscher erteilt werden könne

NACHRUF

KLAUS SUCHANEK VERSTORBEN

Ende September ist unser Abteilungsmitglied Klaus Suchanek verstorben. Klaus war vor zwei Jahren in den Brüsseler Kiez gezogen und seitdem Mitglied unserer Abteilung.

Trotz seiner Tätigkeit als Europabeauftragter bei der Landesvertretung der schleswig-holsteinischen Regierung und seiner vielfältigen Interessen nutzte er jede freie Gelegenheit, die Abteilung zu unterstützen – ob mit lebhaften Diskussionsbeiträgen auf Veranstaltungen oder in unserer Abteilungszeitung; auch war er ein engagierter und immer ansprechbarer Wahlkämpfer.

Klaus war ein halbes Jahrhundert Mitglied der SPD und wurde dafür auch auf unserer Jahreshauptversammlung 2014 geehrt. Er konnte auf ein vielseitiges und engagiertes politisches Leben zurückblicken, das vor allem mit seinem leidenschaftlichen Engagement für die Einigung Europas verbunden war.

Sein europapolitischer Kenntnisstand war einzigartig, ebenso wie seine sachlichen und fundierten Analysen. Eine politische Diskussion mit Klaus war immer ein Gewinn für alle Diskutanten.

Mit Klaus verlieren wir einen überzeugten Sozialdemokraten, der sowohl ein streitbarer Vorkämpfer für die Vision eines geeinten Europas war als auch ein der Basis verbundener Genosse, der die Abteilungsarbeit in den Kiezen sehr wertschätzte und unterstützte. Wir werden ihn nicht vergessen.



Foto: privat

LESUNG MIT TOBIAS KUNOW

IST DER WEDDING EINE „HIPSTERFREIE ZONE“?

VON BETTINA SCHULZE

Unser Abteilungsmitglied Tobias Kunow hat einen Kiez-Krimi geschrieben. Am 22. November haben wir zu einer Lesung des amüsanten Buches in das Sprengelhaus eingeladen. Die Lesung war gut besucht.

Warum geht es in dem Buch?

Herr Wenig und Frau Paul sind die Hauptfiguren des Kiez-Krimis. Sie werden von einem bösen Schurken bedroht, denn sie wollen verhindern, dass eine Mauer um den Wedding gebaut wird. Und zu allem Überfluss ist auch noch die Yogalehrerin Vasaa verschwunden.

Die beiden liebevollen Hauptfiguren Frau Paul und Herr Wenig sind zweimittdreißiger Berliner mit einem eher bescheidenen Leben. Sie schlagen sich mit schlechten Jobs durch, stürzen gemeinsam in Kiezkneipen ab und tun alles dafür, zusammen mit ihren Freunden den Quizabend zu gewinnen. Doch das ändert sich schlagartig, als ein James Bond Bösewicht in ihr Leben tritt und versucht um den Wedding eine Mauer zu bauen, damit es eine Hipsterfreie Zone bleibt. Das wollen Herr Wenig und Frau Paul mit allen Mitteln verhindern. So entspannt sich eine Geschichte rund um den Wedding.

Wird der Wedding zur Hipsterzone?

Das Buch von Tobias ist sehr lustig. Viele im Krimi verarbeitete Themen haben allerdings einen ernsten Hintergrund. Auch wenn im Wedding nicht unbedingt das „Hipstertum“ umgeht: Auswirkungen einer zunehmenden Gentrifizierung wie steigende Mieten und Preise, die Eröffnung neuer „hipper“ Restaurants und die Veränderung der Sozialstruktur sind für uns als Abteilung tagtäglich sichtbar.

Mit Tobias Kunows Buch liest man nicht nur einen unterhaltsamen Krimi. Man lernt viel über die Geschichte von Berlin-Wedding und die Kultur der Hipster. Wenn man den Wedding kennt, hat man Spaß daran, Lokalitäten und Personen wiederzuentdecken, die man aus der realen Welt kennt. So kommt Peer Steinbrück darin vor, die Kneipe unseres jährlichen Spaghetti-Essens „bei Ernst“ oder auch Themen die bei uns politisch sehr stark diskutiert werden, wie die Umbenennung der Straßennamen im Afrikanischen Viertel.

Wer den Wedding mag und gerne lacht, sei daher die Lektüre sehr empfohlen



EIN INTERVIEW

KEINE MACHT DEN JUTEBEUTELN!

VON TOBIAS KUNOW

Hipster werden jetzt auch zunehmend im Wedding gesichtet. Unser Abteilungsmitglied Tobias Kunow hats vorhergesehen und ein ganzes Buch darüber geschrieben.

Der Begriff Hipster wird ja sehr inflationär gebraucht. Wer oder was ist das eigentlich?

Im Buch beschäftige ich mich ja mit einer Vielzahl von Definitionsangeboten. Da gibt es Schmähpamphlete im Internet, Artikel aus Zeitschriften, wissenschaftliche Definitionen etc. Da ist viel Ablehnung dabei, aber viele sehen den Begriff auch positiv. Das ist also alles sehr vage und ständig in Bewegung. Für mich sind Hipster einfach coole Leute, die trend- und modemäßig immer auf dem neusten Stand sind, die immer wissen, welche Musik in ist, wo man weggeht, wie man sich kleidet, wie man seine Wohnung ausstattet. Das finde ich jetzt erstmal nicht verkehrt. Da kann man sich was abgucken. Das kann durchaus inspirierend sein. Aber wer ständig nur Coolness und Mode und Musik und Clubs im Kopf hat ... da fehlt's am Ende an Inhalten.

Im Buch geht's um eine entführte Yoga-Lehrerin und darum, dass die Weddinger Untergrund Fraktion eine Mauer um den Wedding bauen will, um Wedding vor der Gentrifizierung zu schützen... Ist das für Dich Horrorszenario oder Wunsch?

Eine Freundin hat neulich mal gesagt: „Wedding ist wie Friedrichshain, nur ohne Touristen.“ Ich find's ja auch schön, dass es mittlerweile tolle Cafés und Bars gibt und man nicht immer ne halbe Stunde fahren muss. Und dass es hier noch ruhiger ist, als anderswo, macht den Wedding auch sehr lebenswert. Aber wenn Mieten immer teurer werden und traditionelle Einrichtungen und Milieus verschwinden, um einer jungen, hippen urbanen Mittelschicht ein Leben zwischen Bioladen, Ayurveda-Krabbellgruppe und Fair-Trade-Coffee zu ermöglichen, dann beginnt es schwierig zu werden. Da kann man schonmal auf die Idee kommen, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Und wenn man Neukölln als Beispiel nimmt. Da ziehen dann am Wochenende Horden von jungen hippen Menschen durch überfüllte Bars und kotzen vor die Hauseingänge. Da wird einem schnell bewusst: Leben möchte man nicht im Trendbezirk.

Also ne Mauer um den Wedding?

Niemand hat vor, eine Mauer zu errichten. Am Ende hängt's von der Mischung ab. Ich glaube die auch politische Aufgabe ist, einen Kiez zu gestalten, der für alle lebenswert und auch bezahlbar ist. Mauern haben wir schon genug.

Wenn man Dich kennt und unsern Kiez kennt, hat man manchmal das Gefühl, diesen Ort oder diese Figur zu kennen. Wie autobiografisch ist Dein Buch?

Ich glaube, es gibt ein paar sehr stereotype Charaktere, da hat irgendwie jeder das Gefühl, Moment, den kenn ich doch von irgendwoher. Da sind aber keine konkreten Personen mit gemeint, auch wenn manche den Eindruck haben, das sei so. Das Buch

ist ja sehr überspitzt und absurd – aber so komisch das klingt, ich hab viel davon tatsächlich erlebt! Autobiografische Züge sind also schon vorhanden, aber an anderer Stelle, als die meisten denken. Der Sprengelkiez und die Menschen, die da leben. Bestimmte Passagen sind auch eine Liebeserklärung an sie. Vielleicht erkennen sich ein paar meiner Freunde wieder, obwohl ich mich natürlich bemüht hab, sie zu verstecken. Sonst wird man ja verklagt. Sie selbst werden sich aber im Buch entdecken, und auch das läuft unter dem Stichwort Liebeserklärung.

Du traust Dich also noch unter die Leute?

Kein Problem, hinter der Brille und dem Bart erkennt mich ja keiner.

Das Buch:

Neukölln trifft auf Wedding. Das neue Zukunftsprojekt von Herrn Wernig und Frau Paul ist der Besuch des Yogakurses in Berlin Mitte, doch eines Tages verschwindet die Yoga-Lehrerin Vasaa. Was war geschehen? Ist die Weddinger Untergrund Fraktion an diesem mysteriösen Verschwinden beteiligt? Und was soll eine Hipsterfreie Zone sein? Auf amüsante, ironische und spannende Weise verstricken sich zwei junge Berliner auf der Suche nach der richtigen Lebensform, ihrer Yogalehrerin und Antworten in immer neue Abenteuer und Kneipentouren.

Hipsterfreie Zone – Keine Macht den Jutebeuteln! // Autor: Tobias Kunow // Verlag: jiffy stories // Format: epub // ISBN ebook: 978-3-85236-058-4 // Preis: 8,99 EUR . Zu beziehen beim Ebook-Dealer eures Vertrauens oder unter www.jiffystories.com



Über Tobias: Er wuchs glücklich und behütet im Schatten bayerischer Berge auf. Nach dem Abitur entschied er sich, nach seinen preußischen Wurzeln zu forschen und kam über Potsdam in den Wedding. Er macht viel und manchmal auch was mit Medien. Weil in seinem Leben viel passiert, muss es auch festgehalten werden. Deswegen schreibt Herr Kunow von Zeit zu Zeit. Erst Gedichte, später E-Mails, dann Beipackzettel und jetzt also einen Roman. Heute lebt Herr Kunow im schönen Sprengelkiez, erscheint manchmal zu Parteiveranstaltungen und träumt von einem Weingut in Südfrankreich, Südafrika oder Südamerika. Falls es mit dem Wein am Ende nicht klappen sollte, bleibt Herr Kunow eben hier und beim Bier.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

VON EVA HÖGL

Angesichts der Krisen in der Welt werden immer mehr Menschen in Deutschland Zuflucht suchen. Wir erwarten in diesem Jahr über 200.000 Menschen und wollen möglichst vielen Personen Schutz und Sicherheit vor Verfolgung geben. Nach dem Königsteiner Schlüssel, der die Verteilung von Asylbewerbern auf die Bundesländer regelt, nimmt Berlin fünf Prozent aller Flüchtlinge auf, die einen Asylantrag in Deutschland stellen. Für das Jahr 2014 bedeutet das, dass ca. 10.000 Menschen zu uns kommen. Wir wollen in Deutschland unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und auch in der EU eine Vorbildfunktion übernehmen. Zugleich müssen wir diskutieren, wie Bund, Länder und Kommunen angemessen auf die wachsende Zahl an Flüchtlingen reagieren können, Verfahren gerecht und sorgfältig durchgeführt werden und wie Unterbringung und Versorgung sichergestellt werden.

Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge hat für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten oberste Priorität. Über die Art der bevorzugten Unterkünfte können die Bundesländer jeweils selbst entscheiden. Es gab in den Ländern bereits gute Ansätze, um die Unterbringung zu verbessern: Berlin etwa beschloss 2003, Flüchtlinge nur noch dezentral über die Stadt verteilt in Einzelwohnungen unterzubringen und nicht mehr in Sammelunterkünften. Dies ist die beste Art der Unterbringung, denn sie ermöglicht den Asylsuchenden ein selbstbestimmtes Leben und eine gute Integration und Teilhabe. Andere Bundesländer und Städte schlossen sich der Idee Berlins an.

Mit der rasant steigenden Zahl an Flüchtlingen wird dies jedoch immer schwieriger. Bei uns in Berlin landet mittlerweile wieder die Hälfte aller Flüchtlinge in Sammelunterkünften. Es fehlt zunehmend auch ganz einfach an Wohnraum für diese Menschen, denn billige, leerstehende Wohnungen sucht man hier vergebens. Dafür werden nun Containerdörfer gebaut. Noch im Dezember soll das erste Containerdorf mit 400 Plätzen in Köpenick eröffnet werden. Weitere sollen folgen. In Duisburg wurde sogar – mangels anderer Unterbringungsmöglichkeiten – eine Zeltstadt errichtet. Eine derartige Unterbringung ist jedoch alles andere als menschenwürdig.

Auch wir als Bundesgesetzgeber wollen die Kommunen gezielt unterstützen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus den gestiegenen Flüchtlingszahlen ergeben. Um den Ansturm zu bewältigen, haben wir die Hamburger Bundesratsinitiative, den Belangen von Flüchtlingen im Bauplanungsrecht einen größeren Stel-



lenwert einzuräumen, im Deutschen Bundestag aufgegriffen. Befristet bis Ende 2019 soll eine Unterbringung von Flüchtlingen nun auch auf unbebauten Grundstücken in unmittelbarer Siedlungsnähe und als Ausnahme in Gewerbegebieten leichter möglich sein. Klar ist: auch diese Lösung ist nicht optimal, scheint aber im Hinblick auf den nahenden Winter jedenfalls im Hinblick auf die Errichtung von Zeltstädten oder Containerdörfern die vorzugswürdigere Lösung zu sein.

Zudem soll eine Unterbringung von Flüchtlingen im Gewerbegebiet auch nicht der Regel-, sondern der Ausnahmefall sein, wenn gar nichts anderes mehr geht. Hierdurch wird der kommunalen Selbstverwaltung kurzfristig mehr Spielraum für flexible Unterbringungslösungen gegeben. Daneben sehen wir als SPD-Fraktion auch die Bundesverwaltung in der Pflicht. Wir müssen prüfen, ob und zu welchen Konditionen Liegenschaften unter Bundesverwaltung genutzt werden können.

Auch die finanziellen Belastungen spielen in den Kommunen eine große Rolle. Daher haben wir verschiedene finanzielle Entlastungen im dreistelligen Millionenbereich für die Kommunen und die überörtlichen Träger vorgesehen. Beispielsweise soll die Reform des Asylbewerber-

leistungsgesetzes, die wir gerade beschlossen haben, ab dem Jahr 2015 zu Minderausgaben der Länder und Kommunen führen. Wegen der besonderen Herausforderungen, die sich aus dem Zuzug aus anderen EU-Mitgliedstaaten ergeben, haben wir weitere Hilfen beschlossen. Aus verfassungsrechtlichen Gründen darf der Bund keine direkten Finanzhilfen an die Kommunen leisten. Diese Mittel gehen daher an die Bundesländer mit den am stärksten betroffenen Kommunen, u.a. auch an Berlin. Zudem wurde auf die nachdrückliche Forderung der SPD-Fraktion hin im Haushalt des Bundesinnenministeriums in diesem Jahr noch einmal 40 Millionen Euro für zusätzliche Integrationskurse zur Verfügung gestellt.

Im Koalitionsvertrag hat die SPD durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausgestattet wird, damit zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Diese Forderung haben wir im Haushalt 2014 im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens in einem ersten Schritt umgesetzt. Wir haben 300 neue Stellen geschaffen, die im Laufe dieses Jahres besetzt sein werden. Auch im Haushalt 2015 sind weitere zusätzliche Stellen eingeplant. Zudem ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der jüngst verabschiedeten Änderung des Asylverfahrensgesetzes entlastet worden, mit dem wir Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft haben. Dies sind erste Schritte, um die Kommunen wirksam bei der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen. Wir werden weitere angehen.

Darüber hinaus konnten wir erhebliche Verbesserungen für alle Asylsuchenden und Geduldeten erreichen. Eine Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt haben wir als Forderung der SPD im Rahmen der Änderung des Asylverfahrensgesetzes bereits verabschiedet. Die Wartefrist, nach der die Ausübung einer Beschäftigung grundsätzlich erlaubt werden kann, wird auf drei Monate verkürzt. Zuvor waren es für Asylbewerber neun, für Geduldete zwölf Monate.

Für viele dieser Menschen, die arbeiten können und wollen, bedeutet dies eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, anstatt auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern“, den wir momentan im Bundestag beraten, sieht vor, dass künftig nach 15 Monaten Aufenthaltsdauer die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gestattet sein wird, ohne vorherige Prüfung, ob ein Vorrang von deutschen oder Bewerbern aus EU-Mitgliedstaaten besteht (Wegfall

der sogenannten Vorrangprüfung). Auch die sogenannte Residenzpflicht, also die gesetzliche Pflicht, nach der sich Asylbewerber und Geduldete nur in ihrem zugewiesenen Aufenthaltsbereich bewegen dürfen, wird ab dem vierten Monat nach Aufenthaltsnahme im Bundesgebiet abgeschafft.

Es bleibt für sie eine Wohnsitzauflage, um die Kosten auf Länder und Kommunen gerecht zu verteilen. Sie dürfen sich aber künftig im gesamten Bundesgebiet frei bewegen. Zudem ist bei der Versorgung der Asylbewerber und Geduldeten eine Umkehr vom Sach- zum Geldleistungsprinzip vereinbart worden. Der bislang vorgesehene Vorrang für Sachleistungen soll nur noch während der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen gelten. Sobald die Aufnahmephase abgeschlossen ist, sollen die Leistungen künftig bar ausgezahlt werden.

WEDDING Hilft!

VON MICHAEL KUHN

Ca. 100 Personen sind dem Aufruf der Organisatorinnen von „Moabit Hilft“ gefolgt, eine Aktion „Wedding Hilft“ ins Leben zu rufen. Bezirksstadträtin Sabine Smentek berichtete, wie das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) am 4.

September das ehemalige Schulgebäude in der Pankstraße 70 (ehemals Oberschule am Brunnenplatz) und Gotenburger Straße 7–9 (ehemals Wilhelm-Busch-Schule) vom Bezirk „beschlagnahmt“, und bereits drei Wochen später dort Notunterkünfte für Asylsuchende eingerichtet hat. Betreiber der Unterkünfte ist die Arbeiterwohlfahrt.

Nachdem die Kapazitäten der früheren Schulen an der Levetzowstraße in Moabit erschöpft sind, soll zudem eine Traglufthalle auf einem Sportplatz im Poststadion eingerichtet werden. Die Notunterkünfte sollen den Asylsuchenden sechs bis acht Wochen eine Erstversorgung bieten, bevor sie sich in anderen Unterkünften selbstversorgen können.

Diana Henniges von Moabit Hilft berichtete von ihrer Arbeit und der Notwendigkeit, den Asylsuchenden mit sinnvollen Sachspenden, Sprachkursen, Hilfe bei Behördengängen und Freizeitangeboten zu helfen, sich in ihrer neuen Umgebung einzufinden und aus der Langeweile und Enge der Notunterkunft zumindest zeitweise zu entkommen. Sie stellte zudem ein Konzept für die Gründung der Bürgerinitiative vor, die zukünftig unabhängig von Moabit Hilft arbeiten soll, da die dortigen Arbeitskapazitäten erschöpft sind. Es wurden Arbeitsgruppen zu Organisation, Logistik, Aktionen/Festen, Behördengängen und Sprachkursen gebildet, die sich am selben Abend erstmals getroffen haben. Mittlerweile wurden bereits eine Webseite unter

<http://wedding-hilft.de/>

und eine facebook-Gruppe unter

<https://www.facebook.com/groups/wedding.hilft/>

eingerichtet. Es bleibt zu hoffen, dass das große Interesse an der Auftaktveranstaltung weiter trägt und die Bürgerinitiative weitere Unterstützer findet, um den Asylsuchenden bestmöglich helfen zu können.

DU BIST JUNG UND MÖCHTEST DICH POLITISCH ENGAGIEREN?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3. Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte voranzubringen.

INTERESSE?

Dann melde dich unter info@jusosmitte.de

Infos über uns und unsere Projekte findest du auch auf unserem Blog unter www.jusosmitte.de.

REGELTERMINE DER 16. ABTEILUNG

Erster Dienstag im Monat:
MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Zweiter Dienstag im Monat:
VORSTANDSSITZUNG

Vierter Dienstag im Monat:
STAMMTISCH

WIR FREUEN UNS AUF DICH!

LEITLINIEN FÜR EINE KOHÄRENTE FLÜCHTLINGSPOLITIK

VON NIKOLAUS KILIAN

Die Initiative "Moabit hilft" berichtete uns am 3.6.2014 im Rahmen unserer Veranstaltung "Möglichkeiten und Grenzen bezirklicher Asylpolitik" mit Bezirksbürgermeister Christian Hanke von den teilweise sehr schlimmen Zuständen in den Heimen für AsylbewerberInnen in Mitte.

Erschreckend und neu war für uns, dass es beispielsweise bei der grundlegenden medizinischen Versorgung, bei der Lebensmittelversorgung und auch bei der rechtlichen Stellung der Asylsuchenden Mängel gibt, die vielleicht sogar grundgesetzwidrig sind. Besonders kritisch wurde unisono gesehen, dass es ein Problem bei der Gewährleistung der Standards bzw. beim Qualitätsmanagement und der Kontrolle gibt. Wir waren uns einig, dass hier politisch gehandelt werden muss.

Leider fand unsere ausgearbeitete Resolution auf dem kommenden Kreisvorstand keine Unterstützung, sodass die Abteilung sich im August noch einmal mit der AG Migration und Vielfalt Mitte zusammengesetzt hat und wir in einer äußerst produktiven Sitzung einen gemeinsamen Antrag formuliert haben. Dieser enthielt unsere uns wichtigen Kernforderungen.

Hierzu gehört unter anderem, dass Flüchtlinge schnellstmöglich in Wohnungen untergebracht werden und nicht länger als nötig in Not- und Sammelunterkünften bleiben müssen. Für die Sammelunterkünfte haben wir regelmäßige und unangekündigte Kontrollen und die Einrichtung einer amtlichen Qualitätssicherung gefordert.

Wichtig auch, dass die Verträge mit den Heimbetreibern einheitlich und befristet gestaltet werden. Außerdem haben wir gefordert, dass in jedem Bezirk eine Stelle für die Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eingerichtet wird und dass die Heimbetreiber mit örtlichen Vereinen und Initiativen kooperieren.



INTERVIEW MIT DIANA HENNIGES VON MOABIT HILFT E.V.

VON BETTINA SCHULZE

Der Verein „Moabit hilft!“ setzt sich für eine solidarische und unterstützende Nachbarschaft ein. Unterstützt von lokalen Vereinen, Organisationen, Gewerbetreibenden und Ehrenamtlichen werden unter anderem Feste, Sachspenden und Begleitung von Flüchtlingen bei Behördengängen organisiert. Ich treffe Diana im Kiezcafé Coffee Break in der Jagowstraße. Ort des wöchentlichen Stammtisches von Moabit hilft e.V. Sie berichtet mir, wie sie dazu kam, Unterstützung für die Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft zu organisieren.

Du das Projekt „Moabit hilft“ angestoßen? Wie kam es dazu?

Ich war schon vorher ehrenamtlich engagiert und politisch interessiert. Als ich von den Problemen erfuhr, die die Flüchtlinge hier in der Levetzowstraße haben, hat das mir den letzten Anstoß gegeben, etwas zu unternehmen. Ich habe als erstes einen Aufruf auf Facebook für eine Sammelaktion gestartet und unwahrscheinlich viele Reaktionen bekommen. Da waren sowohl positive als auch negative Reaktionen dabei. Der überwiegende Teil war aber positiv.

Daraufhin haben wir zum ersten Mal einen Flohmarkt für Kleider organisiert. Über 200 Klamotten haben wir in meiner Wohnung gestapelt, gewaschen, sortiert und ausgebessert. Wir haben Bedarfslisten aufgestellt und den Transport organisiert. Irgendwann haben wir in der Schule nebenan einen Raum für die Kleider zu Verfügung gestellt bekommen. Das war super. Ja und von da an ist das Aufgabenspektrum und unser Netzwerk mit der Zeit immer breiter geworden. Ich denke, im Großen die Welt zu verändern ist schwer. Aber hier im Kleinen können wir den Menschen ganz konkret helfen. Das motiviert mich.

„Moabit hilft“ möchte den Alltag von Flüchtlingen verbessern. Sicher habt ihr aber auch politische Forderungen, die ihr ganz konkret an die EntscheidungsträgerInnen heran tragt?

Es gibt natürlich sehr viele Forderungen, die wir haben. Leider ist die Lebenssituation der Flüchtlinge hier so, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen soll. Wenn ich mich aber auf drei beschränke, ist die wichtigste Forderung die Einrichtung einer neutralen Ombudsstelle, die die Rechte der Flüchtlinge vertritt.

Darüber hinaus wichtig ist für die Flüchtlinge der Zugang zur Krankenversorgung. Ein Recht, das ihnen in der Realität oft verwehrt wird. Flüchtlinge haben in Akutfällen lediglich die Möglichkeit, sich an den Wachdienst zu wenden, wenn sie Hilfe brauchen. Nicht selten kommt es vor, dass diese nicht oder falsch reagieren. Das ist kein Zustand. Insbesondere die Kinder brauchen eine bessere medizinische Versorgung.



Ein sehr wichtiger Punkt ist für uns auch, dass das Personal des LaGeSo aufgestockt wird. Sie sind im Moment überhaupt nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu bewältigen.

Wie kann man „Moabit hilft“ eigentlich konkret unterstützen?

Jeder kann etwas Kleines tun. Natürlich helfen uns Spenden. Wer sich persönlich engagieren möchte, findet dazu Hinweise in unserem Newsletter oder auf Facebook. Manchmal brauchen wir BegleiterInnen fürs LaGeSo, manchmal benötigen wir einen selbstgebackenen Kuchen oder jemanden für einen Zoobesuch. Jeder und Jede kann etwas Kleines tun und jeder Beitrag hilft uns. Liebe Diana, vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg!

Anmerkung der Autorin:

Wer sich bei „Moabit hilft!“ engagieren möchte, findet alle Informationen und Kontaktdaten unter:
www.moabit-hilft.com

Nach dem Vorbild von „Moabit hilft“ hat sich jetzt auch im Wedding eine Initiative gegründet, um die Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen. Für Informationen kann man sich an folgenden Kontakt wenden: NachbarschaftsEtage Fabrik Osloer Straße e.v., Telefon: 030/4939042 oder wedding.hilft@gmail.com.

DIE SCHWIERIGE DEBATTE UM DIE STERBEHILFE

VON BETTINA SCHULZE

Der Deutsche Bundestag wird sich im nächsten Jahr vor allem mit einer Debatte beschäftigen: der Sterbehilfe. Dabei stehen unterschiedliche Konzepte und Grundsätze gegeneinander. Als Abteilung haben wir uns deshalb früh auf den Weg gemacht und bereits Anfang November das Thema zusammen mit unserer Abgeordneten Eva Högl diskutiert. Eva ist in der SPD-Bundestagsfraktion Koordinatorin für das Thema Sterbehilfe und hat zusammen mit Kerstin Griese ein gemeinsames Positionspapier herausgegeben. Bei dem Thema ist im Deutschen Bundestag der Fraktionszwang aufgehoben. Das bedeutet, dass es mehrere Gruppenanträge geben wird, die zur Abstimmung stehen und bei denen – wie immer bei ethischen Fragen – der Fraktionszwang aufgehoben wird. Unterschiedliche Haltungen innerhalb der SPD werden sich an der Beteiligung von Abgeordneten der Fraktion an unterschiedlichen Gruppenanträgen ausdrücken.

Worum geht es?

Wichtig zu wissen ist: das Töten auf Verlangen ist in Deutschland verboten. Die sogenannte „Beihilfe zum Suizid“ ist bereits jetzt straffrei. Ein Arzt oder eine Ärztin kann also bereits heute einer Person die sterben möchte, beispielsweise ein Medikament zur Verfügung stellen, dass den Tod herbei führt. Die Debatte um die Sterbehilfe dreht sich vor allem um die Frage, was passiert, wenn sich eine Person selbst töten möchte, aber dazu nicht mehr in der Lage ist. Zum Beispiel auf Grund gesundheitlicher Beeinträchtigungen. Darüber hinaus geht es in der Debatte auch um die Sterbehilfevereine, die auf Verlangen Tötungen vornehmen.

Welche unterschiedlichen Positionen gibt es?

Bisher kristallisieren sich in der Debatte drei Hauptpositionen heraus. Die Anträge dafür sind noch nicht formuliert, sondern werden erst im Jahr 2015 vorliegen.

Karl Lauterbach, Carola Reimann und andere sprechen sich für eine rechtliche Regelung aus, die eine „fachlich fundierte ärztliche Hilfe und Begleitung erlaubt“. Das bedeutet, dass sie eine zivilrechtliche Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch verankern wollen, die dem Arzt oder der Ärztin die Begleitung des Suizids erlaubt. Diese Regelung geht also einen Schritt weiter, als der bisherige gesetzliche Stand. Die „Begleitung“ des Suizids durch den Arzt oder die Ärztin soll aber nur unter bestimmten Bedingungen möglich sein. Ein ärztlich assistierter Suizid kommt für die VerfasserInnen nur in Fällen einer „irreversibel zum Tode führenden Erkrankung“ und einer daraus resultierenden extremen Leidenssituation des Patienten in Betracht. Auch soll ein solcher Schritt bei psychischen Erkrankungen des Patienten ausgeschlossen sein. Eva Högl, Kerstin Griese und anderen gehen diese Regelungen zu weit. Sie sehen keinen gesetzlichen



Regelungsbedarf, da es nach ihrer Auffassung bereits jetzt viele straffreie Möglichkeiten für Ärztinnen und Ärzte gibt, bei einer Selbsttötung zu assistieren. Ihr Bedenken sind vor allem, dass mit der Verankerung im Bürgerlichen Gesetzbuch auf ein „Recht“ von Ärztinnen und Ärzten „zu Töten“ - und sei es auch in strengen Grenzen - , ein gesellschaftlicher Tabubruch vollzogen wird, der Menschen am Ende ihres Lebens in Angst versetzen kann.

Eine dritte Gruppe um Renate Künast möchte als einzige der drei Gruppen Sterbehilfevereine gesetzlich zulassen. Für Lauterbach/Reimann sowie Högl/Griese ist klar, dass Sterbehilfevereine auf jeden Fall aus ethischen Gründen verboten werden sollten. Im rechtlichen Bereich sieht die Gruppe Künast ebenso wie die Gruppe um Eva Högl keinen Änderungsbedarf.

Gemeinsame Forderung: Palliativ – und Hospizversorgung ausbauen

In einem Punkt sind sich die Abgeordneten einig. Sie wollen die Hospiz- und Palliativversorgung weiter ausbauen. Das sind medizinische Angebote für Schwerkranke und sterbende Menschen. Insbesondere in einigen ländlichen Gegenden gibt es in diesem Bereich großen Nachholbedarf. Der Ausbau dieser Versorgungsform ist sehr wichtig, um Menschen die Angst vor dem Sterben zu nehmen und ihnen das Ende zu erleichtern. Hier muss vor allem bei der Ausbildung von Fachkräften mehr investiert werden. Darüber hinaus müssen jedoch auch Schranken zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung und der Krankenversicherung aufgebrochen werden, um eine gute Versorgung insbesondere für pflegebedürftige kranke Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

PRO OLYMPISCHE SPIELE IN BERLIN

VON MATTHIAS SPEIDEL

Sport ist in der Krise. Egal, welche Medien berichten, es schreit förmlich nach Korruption, Doping, Kommerzialisierung. Kurz: Sport als einziger Skandal!

Warum also die Paralympischen Spiele und Olympischen Spiele in Berlin austragen? Die Antwort: Sport ist ein wichtiges Kulturgut und Deutschland ist mit seiner vielfältigen Sport- und Vereinskultur eine Sportnation, bei der es um mehr geht als um Medaillen und Rekorde.

Der Impuls für die Berliner Austragung von Olympia muss daher die Erneuerung der Idee des Sports sein. Es darf nicht um Vermarktung gehen und nicht um das Renommee von Verbandsfunktionären. Im Mittelpunkt müssen Fair Play, Chancengleichheit und das „Dabeisein ist alles“ stehen. Hehre Ziele, gewiss, doch darunter geht es nicht. Die Berliner Idee, die Paralympischen Spiele vor den Olympischen Spiele stattfinden zu lassen, und sie nicht wie sonst, als Anhängsel zu betrachten, ist so ein erster wichtiger Anstoß. Das heißt auch, dass Olympia zukünftig nicht zur Selbstdarstellung von autoritären Regimen und Despoten werden darf. Demokratische Staaten müssen sich dem entgegenstellen. Kurz sei hier erwähnt, dass in diesem Zusammenhang Berlin als Austräger der Spiele von 1936 eine „historische Schuld“ wiedergutzumachen hat. Schon aus diesem Grund wären die Spiele für die Stadt wichtig.

Bei einem positiven Votum für die Berliner Bewerbung ist geplant, dass die Stadtgesellschaft 2015 zur Austragung befragt wird und auch bei der weiteren Ideenfindung Anteil hat. Ohne die Zustimmung der Berliner und Berlinerinnen wird es keine Spiele geben. So ganz nebenbei, bei der Bewerbung Deutschlands für die Fußballeuropameisterschaft im Jahr 2024 wird diese Diskussionen nicht geführt. Die Organisation der Spiele kann allerdings zu einer neuen Form der Kommunikation und Partizipation der Berliner und Berlinerinnen führen und den Zusammenhalt in der Stadt stärken. Die Berliner Spiele sind gemeinsame Spiele.

Ja, Doping ist heute ein grassierendes Problem im Sport. Das zeigen Enthüllungen zum organisierten Dopingsystem in Russland, dessen Duldung bis in die höchste Sportfunktionärssebene reicht – und in vielen anderen Ländern dürfte es ähnlich gelagert sein. Auch hier gilt der Erneuerungsgedanke. Das Internationale Olympische Komitee mit Thomas Bach als neuem Präsidenten regt momentan wichtige organisatorische Reformen nicht nur zur Bekämpfung von Doping an. Die Bundesregierung debattiert ein Gesetz, das Strafen von bis zu drei Jahren Gefängnis für des Dopings überführte SportlerInnen vorsieht. Das hat Vorbildcharakter. Der finanzielle Aufwand ist ein wichtiges Argument. Für die Spiele 2012 in London werden Kosten in Höhe von 11 Mrd. EUR angegeben – eine Zahl, die Olympiagegner in der Ar-

gumentation gerne bemühen. Soll jedoch eine faire Diskussion über die finanziellen Ausgaben Berlins als Austragsort stattfinden, müssen bei der Finanzierung zwischen „Belastung“ und „Investitionen“ unterschieden werden. Nach dieser Rechnung zählen die elf Milliarden für die 2012er Spiele als vorgezogene (!) Investitionen in die Infrastruktur, die sich Staat, nationale Lotterie und die Stadt London aufteilen (64%:23%:13%). Polemisch gesprochen wäre es natürlich tragisch, wenn die Schlaglöcher der Berliner Straßen schneller geflickt würden als sonst üblich. Die tatsächliche Belastung für die Stadt London betrug am Ende weniger als drei Milliarden Euro. Berlin peilt zwei an. Das Londoner Organisationskomitee rechnet allein durch die Werbefunktion der Spiele für die Jahre zwischen 2012 und 2016 ein zusätzliches Mehr von fast fünf Millionen Touristen, die die Insel besuchen und die fast drei Milliarden Euro in die englischen Kassen spülen.

Was kommt zurück, und zwar nicht nur an Geld?

Schauen wir uns München 1972 an, die „Olympischen Spiele im Grünen“, letztmaliger Austragungsort in Deutschland – übrigens unter der Ägide eines SPD-Bürgermeisters. Durch die 1972 Spiele erhielt München ein leistungsfähiges öffentliches Nahverkehrsnetz. Das Olympische Dorf dient heute als Studentenwohnheim. Die einzigartige Dachkonstruktion des von Günther Behnisch geschaffenen Olympiastadions gilt als Ikone der Baukunst und hat wesentlich zur Identität der Stadt München beigetragen. Wenn man so will, können die Spiele von 1972 durchaus als „nachhaltig“ bezeichnet werden. München profitiert bis heute vom Erbe „seiner“ Spiele – trotz der damaligen traurigen Ereignisse.

Nun das Argument anzuführen, dass die Berliner Spiele einen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Mehrwert haben und haben müssen, ist ja fast zu banal. Die Interessensbekundung des Senats erläutern diese Pläne ausführlich. Natürlich geht es nicht ohne günstige Eintrittspreise, und auch nicht, dass das Athletendorf als Wohnraum nach den Spielen weitergenutzt wird. Das gleiche gilt für die neu zu bauenden Sportanlagen, die von Berlins unzähligen Vereinen im Breitensport später weiter bespielt werden können – zwei Drittel der Spielstätten existieren ohnehin bereits. Ebenso zählen klimaneutrale Spiele und schonende bauliche Eingriffe in die Natur als *conditio sine qua non*.

Die Aufgabe für Berlin als Organisator der Spiele ist eine Herausforderung. Doch niemand plädiert für Gigantismus, Prestigebauten und Großspurigkeit. Bescheidene, nachhaltige, überschaubare und flexible Spiele. Das muss das Ziel sein und das kann der Berliner Politik und Stadtgesellschaft auch gelingen. Dann erlebt die Stadt ein tolles Sportfest.

CONTRA OLYMPISCHE SPIELE IN BERLIN

VON NIKOLAUS KILIAN

Zweifellos sind Olympische Spiele, genauso wie andere sportliche Großveranstaltungen, sehr attraktiv. Bestes Beispiel auch in Deutschland ist die noch gut in der öffentlichen Erinnerung verankerte Fußball-WM 2006. Die Diskussion hat sich aber etwas verändert. Berlin möchte die Spiele anders machen, weniger dem Trend der letzten Jahrzehnte folgen, weniger Gigantismus und stattdessen nachhaltige Spiele, die zur Stadt passen. Das ist auch dringend nötig, die Durchführungen dieser weltweit Beachtung findenden Sportveranstaltungen sind in den letzten Jahren immer größer, höher, teurer geworden, wurden zu Werbeveranstaltungen eines Landes oder einer Stadt. Das hat Berlin nicht nötig, weshalb der Senat diesen Aspekt auch gar nicht besonders betont hat. Im Gegenteil wird eben eine Kehrtwende versprochen, nachhaltige Spiele.

Doch geht das, nachhaltige Spiele? Zuerst einmal bestünde ein hoher Investitionsbedarf insbesondere bei Sportstätten und anderer Infrastruktur. Dieser Bedarf besteht bereits heute, wenn man sich die vorhandenen Sporthallen, Sportplätze und Schwimmhallen Berlins betrachtet. Viele dieser Anlagen, die für den Schulsport und Breitensport benutzt werden, stammen aus den 1950er Jahren und haben eine Generalüberholung (wie im Übrigen auch viele Schulgebäude) dringend nötig. Der Ausbau oder gar Neubau von großen Sportstätten für den Spitzensport könnte diese dringend nötigen Investitionen wieder hintanstehen lassen. Um diesen Konflikt zu entkräften, wird nun ein Abbau des Investitionsstaus bei bestehenden Sportanlagen parallel zum Neubau/Ausbau der für die Spiele benötigten versprochen. Erst ist zu wenig Geld für die Instandhaltung bestehender Anlagen vorhanden, mit Blick auf Olympia geht es auf einmal und dazu noch der Neubau und Ausbau von weiteren Anlagen? Wirklich überzeugend ist diese Vorgehensweise nicht.

Angenommen aber, es gäbe hier einen gangbaren Kompromiss und die olympischen Sportstätten würden nicht auf Kosten der Breiten/Schulsport-Anlagen gebaut. Was ist mit diesen großen und hochmodernen Hallen und Anlagen nach den Spielen? Die 2004 in Athen gebauten Sportstätten sind inzwischen weitgehend ungenutzte Ruinen. Auch wenn eine derartige Entwicklung in Berlin unwahrscheinlich erscheint, muss hier ein schlüssiges Konzept mit langfristiger Nutzung und Finanzierung her. Sonst haben wir nach den Spielen schöne Hallen (alle saniert, auch die für den Breitensport), die laufenden Kosten und die (professionelle) Nachnutzung aber wären ungeklärt.

Sowieso sind die Finanzen der Knackpunkt der Frage. Berlin müsste relativ viel Geld investieren für eine Veranstaltung, bei der das Land direkt nichts verdient. Neben der Organisation und den Sportstätten benötigen die Spiele noch ein

Olympisches Dorf, ein Medienzentrum und eine dem IOC genehme Verkehrsinfrastruktur – und dass die IOC teilweise angeblich eine eigene Straßenspur analog der Busspur für sich veranschlagt, ist dabei nur ein eher kleiner Aspekt. Die Spiele in London haben elf Milliarden Euro gekostet, Rio de Janeiro wird wohl noch mal teurer werden, momentan liegt das Budget wohl bei knapp 12 Mrd. Euro. Die in Berlin veranschlagten zwei Milliarden Euro muten sich da arg optimistisch an. Selbst wenn die Investitionen in Sportstätten, Infrastruktur usw. durch Nachnutzung und kluge Budgetierung klein gerechnet werden, stehen Ausgaben von mindestens zwei Milliarden Euro erst einmal keine sicheren Einnahmen entgegen. Das ist nicht wenig bei einer Stadt, die der Sorgen und finanziellen Nöte einige hat. So könnte Berlin die zwei Milliarden Euro besser in andere Projekte wie zum Beispiel sozialen Wohnungsbau, die flächendeckende Modernisierung aller Schulen, den Bau von menschenwürdigen Flüchtlingsunterkünften und so weiter stecken könnte.

Der Glaube, dass es bei den anvisierten zwei Milliarden Euro bleibt, fällt mir im Übrigen sehr schwer, sodass ich an der plumpen obigen Argumentation festhalte. Mögen die ersten zwei Milliarden für Olympia noch keine Auswirkungen auf die Vorhaben der Berliner Politik und die Umsetzung notwendiger sozialpolitischer Vorhaben haben, bei steigender Belastung und im schlimmsten Fall ausbleibenden Einnahmen (übrigens: Olympische Spiele ziehen nicht nur Touristen an, sie wirken durchaus auch abschreckend auf andere potentielle Besucher), wer garantiert, dass ein paar Jahre später nicht wieder budgetbedingte Einschnitte im Bildungsbereich gemacht werden? Kürzungen im Sozialhaushalt? Eine knapp einen Monat dauernde internationale Sportveranstaltung, sei sie noch so ideell aufgeladen, stellt in meinen Augen keine hinreichende Begründung für eine finanzielle Belastung dar, deren Höhe nicht wirklich absehbar ist. Schon gar nicht vor dem Hintergrund der andernorts ausgeübten Sparpolitik und der vorhandenen sozialen Herausforderungen in unserer Stadt.

DAS POLITISCHE LIED

„Roter Wedding“ ist ein Lied der Arbeiterbewegung und war ursprünglich das Auftrittslied der Agitproptruppe Der rote Wedding. Die Melodie komponierte Hanns Eisler, der Text ist von Erich Weinert.

Der Inhalt bezieht sich auf den sogenannten Blutmai, nachdem Polizisten vom 1. bis 3. Mai 1929 hauptsächlich im Wedding und in Neukölln, damals bekannte Berliner Arbeiterviertel, mindestens 32 Anwohner erschossen. Erich Weinert wurde 1931 wegen dieses Liedes verklagt. Man beschuldigte ihn der Aufreizung zum Klassenhass, Gotteslästerung und Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform. Weinert wurde jedoch wegen Verjährung freigesprochen.

Roter Wedding, grüßt Euch, Genossen.
Haltet die Fäuste bereit.
Haltet die roten Reihen geschlossen.
Dann ist der Tag nicht mehr weit.
Kämpfen wir als Sozialisten
Endlich in einer Front.
Arbeitsbrüder, Kommunisten.
Rot-Front! Rot-Front!

Links, links, links, links!
Die Trommeln werden gerührt!
Links, links, links, links!
Die Arbeiterklasse marschiert!
Wir fragen euch nicht nach Verband und Partei.
Seid ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei?
Gegen Unrecht und Reaktion!
Wir sind durch die Not, durch den Hunger
vereint,
uns binden die Opfer im Kampf vor dem Feind.
Unsere Lieder der Revolution!

Roter Wedding, grüßt Euch, Genossen,
Haltet die Fäuste bereit.
Haltet die roten Reihen geschlossen,
Dann ist der Tag nicht mehr weit.
Kämpfen wir als Sozialisten
endlich in einer Front.
Arbeitsbrüder, Kommunisten.
Rot-Front! Rot-Front!

Links, links, links, links!
Der Kampf wird weitergeführt!
Links, links, links, links!
Ein Lump wer kapituliert.
Wir tragen die Wahrheit von Haus zu Haus
Und jagen die Lüge zum Schornstein hinaus,
Wie Karl Marx es und Lenin gelehrt!
Und schlug auch der Feind unsere Besten tot,
Der Wedding kommt wieder, Berlin bleibt rot.
Damit Deutschland den Deutschen gehört!

Roter Wedding, grüßt Euch, Genossen.
Haltet die Fäuste bereit.
Haltet die roten Reihen geschlossen.
Dann ist der Tag nicht mehr weit.
Kämpfen wir als Sozialisten
Endlich in einer Front.
Arbeitsbrüder, Kommunisten.
Rot-Front! Rot-Front!



